

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 3 66 845 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, aus-
senpolitischer Sprecher der
SPD-Bundestagsfraktion, be-
schreibt die Position der NATO
nach dem Zusammenbruch
des Warschauer Pakts.

Seite 1

Marion Caspers-Merk MdB,
Stellvertretende umweltpoliti-
sche Sprecherin der SPD-
Bundestagsfraktion, befürchtet
für 1994 ein abfallwirtschaftli-
ches Chaos in Deutschland.

Seite 5

Neue Adresse ab 1.1.1994

Schumannstr. 2b
53113 Bonn
Postfach 190167
53037 Bonn

49. Jahrgang / 2

4. Januar 1994

Vor dem NATO-Gipfel

Erweiterung um östliche Mitgliedstaaten unwahrscheinlich

Von Karsten D. Voigt MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Spaltung Berlins, Deutschlands und Europas hat über 40 Jahre lang die deutsche Politik dominiert. Nach der Gründung der Bundesrepublik verstanden sich alle wichtigen im Bundestag vertretenen Parteien zwar kulturell und politisch als Teil des demokratischen Westens, aber die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas führte dazu, daß es zwischen ihnen immer wieder zu Kontroversen über das richtige Verhältnis zwischen der deutschen Westpolitik und den gesamteuropäischen wie auch gesamtdeutschen Hoffnungen kam. Insbesondere in den fünfziger Jahren äußerte sich dies im Streit zwischen der SPD und der CDU um den Vorrang einer gesamtdeutschen Politik gegenüber einer Integration der Bundesrepublik in die NATO. In den sechziger und siebziger Jahren verlagerten sich die Kontroversen auf die von der SPD betriebene Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion, Polen der DDR und den anderen Warschauer-Pakt-Staaten. Fortgeführt in den achtziger Jahren betrafen die Differenzen die Abrüstungsinitiativen der Schmidt-Regierung, später dann der SPD-Opposition sowie westliche Rüstungsvorhaben, z.B. den Streit um die Mittelstreckenwaffen.

Mit dem Fall der Mauer verschwand dieser seit der Gründung der Bundesrepublik immer wieder auflebende Konflikt; das vereinigte Deutschland wurde voll integriert in Europäische Union (EU) und NATO. Wenngleich die SPD die deutsche Einigung in den fünfziger Jahren vor die militärische Westintegration Westdeutschlands gestellt hatte, kann man heute konstatieren, daß die Westintegration Westdeutschlands in Verbindung mit der Entspannungspolitik gegenüber den damaligen Warschauer Paktstaaten die Grundlagen zur Überwindung der deutschen und der europäischen Teilung geschaffen haben. Dennoch bleibt es das Ziel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, nach der deutschen Einigung auch die ökonomische und politische Spaltung Europas schrittweise zu überwinden. Wir wollen dieses Ziel gemeinsam mit der KSZE, dem Europarat, der EU und mit der NATO erreichen, was nur möglich sein wird durch eine politische und ökonomische Stabilisierung der jungen Demokratien in Osteuropa.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82 50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortliche Leitung:
Ulrich/Greif
Karl-Heinz-Pöcher



Deutschland ist heute das östlichste Land des Westens. Daher rührt das deutsche Interesse, auf Dauer nicht das östlichste Land des Westens zu bleiben, sondern die östlichen Nachbarn Deutschlands schrittweise als stabile Demokratien ökonomisch, politisch und auch sicherheitspolitisch zu einem Teil des Westens werden zu lassen. Aus diesem Grunde bejahen wir als Deutsche die Osterweiterung der EU und der NATO. Wir sind realistisch genug zu wissen, daß dieses Ziel nicht sofort und auch nur über Zwischenschritte zu erreichen ist. Trotzdem halte ich es um der Klarheit und Berechenbarkeit deutscher Politik willen für sinnvoll, diese Zielsetzung und diese Interessen bereits heute klar zu artikulieren. Zudem gehe ich davon aus, daß die politische und ökonomische Stabilisierung der jungen Demokratien in Mittelost-, Südost- und Osteuropa prinzipiell auch im Interesse der USA liegt. Die transatlantische Partnerschaft dürfte durch die neuen Herausforderungen in Osteuropa sogar gestärkt und nicht etwa - wie manche fürchten - geschwächt werden.

Die Clinton-Administration hat bei ihrem Amtsantritt dem Multilateralismus eine hohe Priorität eingeräumt. Ich hoffe, daß dies nach wie vor gültig ist. Insbesondere was die NATO selbst und ihre Beziehungen zu Osteuropa, einschließlich Rußland, betrifft. Auch das vereinigte Deutschland, das in Ost und West, Nord und Süd von zahlreichen Nachbarn umgeben ist, räumt dem Multilateralismus Vorrang vor einer Politik ein, die auf nationale Alleingänge verzichten sollte. Eine solche prinzipiell an Multilateralismus orientierte Politik würde dadurch begünstigt, wenn alle Nachbarn Deutschlands die Option bekommen, den gleichen Institutionen anzugehören, in denen auch Deutschland Mitglied ist. Daher sollte die EU zügig um die beitragswilligen EFTA-Staaten erweitert werden.

Natürlich hat jedes unserer beiden Länder spezifische Interessen und Haltungen. Sowohl die USA wie Deutschland werden diese Interessen und Sichtweisen sowohl multilateral wie auch bilateral zur Geltung bringen. Trotz der großen Intensität seiner bilateralen Kontakte zu den östlichen Nachbarn ist für Deutschland die multilaterale Einbettung dieser Beziehungen in die Europäische Union und in die NATO politisch prioritär.

Mit dem Ende des Kalten Krieges sind in den Staaten Ostmittel-, Südost- und Osteuropas die politischen und ökonomischen Strukturen zusammengebrochen. So herrschen heute sehr unterschiedliche politische und wirtschaftliche Realitäten. In einigen Staaten haben sich bereits relativ stabile Demokratien herausgebildet. Dies gilt insbesondere für die sogenannten Visegrad-Staaten. Polen kann schon wieder ein wirtschaftliches Wachstum aufweisen. Andere Staaten - insbesondere in Südosteuropa - kämpfen noch mit den politischen und wirtschaftlichen Problemen des Übergangs. In der Ukraine ist die Lage besonders prekär. Der ökonomische Zerfall beschleunigt sich, ohne daß bereits ernsthaft mit den politischen und wirtschaftlichen Reformen begonnen worden wäre.

Die politische und ökonomische Spaltung Europas hatte sich in der militärischen manifestiert. Der Warschauer Pakt, Ausdruck dieser militärischen Spaltung, ist nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht nur formal zerfallen. Mehr noch, einige Staaten Ostmittel-, Südost- und Osteuropas empfinden nunmehr ein sicherheitspolitisches Vakuum, das sie auszufüllen suchen. In einem Punkte sind sich alle von mir erwähnten Staaten auf alle Fälle einig: Sie lehnen jede Politik ab, die sie wieder in die gleiche Einflußsphäre einbeziehen könnte, in der sie sich bis zum Ende des Warschauer Paktes befanden.

Auch wenn ich die Sorgen unserer östlichen Nachbarn manchmal für übertrieben halte, finde ich es selbstverständlich, daß die NATO und alle ihre Mitgliedstaaten jeden Eindruck einer Politik vermeiden sollten, der an Jalta und an die dort vereinbarte Aufteilung von Einflußsphären erinnern könnte. Insbesondere sollten sich die Mitgliedstaaten der NATO - und dies gilt natürlich auch für Deutschland und die USA - einer Politik enthalten, die den Eindruck vermitteln könnte, als würden sie mit Rußland sicherheitspolitische Absprachen über die zwischen Rußland und der NATO liegenden Staaten treffen, ohne diese Staaten hieran zu beteiligen oder deren Votum einzuholen.

Die kommunistischen Staaten haben sich in den Jahren bis 1989 in Antithese zum Westen definiert. Die Entspannungspolitik zielte auf die Überwindung dieses Antagonismus, der wie-

derum eine ihrer konzeptionellen Voraussetzungen war. Nach der Überwindung dieses Antagonismus zwischen Ost und West geht es heute nicht allein mehr um die Kooperation des Westens mit den postkommunistischen Staaten, sondern darum, diese Staaten und Gesellschaften so weit wie möglich in den Westen zu integrieren. Eine solche Verwestlichung Osteuropas ist von den früheren kommunistischen Regierungen Osteuropas als Imperialismus kritisiert worden. Heute hoffen die demokratischen Regierungen in Osteuropa auf eine möglichst schnelle Integration in westliche Institutionen. Um diesem Wunsch Nachdruck zu verleihen, neigen sie dazu, den Beginn des Ostens jeweils östlich ihre eigenen Grenzen zu definieren.

Die Möglichkeit zur Kooperation mit und zur Integration in westliche Institutionen sollte meiner Ansicht nach nicht primär geographisch definiert werden. Als Kriterien bieten sich statt dessen vor allem die unterschiedlichen Zwecke und internen Mechanismen der jeweiligen westlichen Institutionen und der jeweils unterschiedliche Stand im Prozeß des Übergangs zu einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und einer stabilen Demokratie in den Staaten Osteuropas an. Dies bedeutet, daß wir mit allen Nachfolgestaaten des Warschauer Paktes und der ehemaligen Sowjetunion eine möglichst enge Kooperation anstreben sollten. Aber aufgrund der Situation in diesen Staaten selber wird die Form und die Substanz der Kooperation variieren. Alle Staaten haben die Perspektive in das System von GATT, IMF und Weltbank integriert zu werden. Nur für einige dieser Staaten ist es bereits heute realistisch und sinnvoll, von einer schrittweisen Integration in die EU und die NATO zu sprechen. Dies gilt insbesondere für die schon erwähnten sogenannten Visegrad-Staaten.

Natürlich ist das Angebot zur Integration in die EU und die NATO für die Staaten akzeptabel, denen dieses Angebot gemacht wird.

Allerdings könnte es jene Staaten frustrieren, denen dieses Angebot nicht oder noch nicht offeriert wird. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, für Rußland. Andererseits sollten die EU und NATO ihre Kooperation mit den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten nicht ausschließlich an dem heute möglichen Umfang der Kooperation mit Rußland messen. Wenn Deutschland eine solche Politik verfolgen würde, könnten insbesondere in Polen alte Befürchtungen über eine deutsch-russische Zusammenarbeit zu Lasten Polens erwachen.

Ich halte es für unwahrscheinlich, daß die NATO sehr bald um neue östliche Mitglieder erweitert wird. Bereits heute aber darf kein Zweifel daran aufkommen, daß keiner unserer östlichen Nachbarn ein Vetorecht gegenüber der Mitgliedschaft eines anderen Staates in der Europäischen Union oder in der NATO besitzt.

Die EU hat Rußland eine enge Zusammenarbeit, anderen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas eine Assoziation angeboten. Der Assoziationsvertrag mit einigen Staaten, den sogenannten Visegrad-Staaten, enthält die Perspektive einer vollen Mitgliedschaft in der EU, ohne jedoch heute bereits einen genauen Termin nennen zu können. Die EU verbindet West- und Osteuropa durch ein enges Netzwerk von Verträgen. Das von der EU verfolgte Prinzip, je nach Lage und von Fall zu Fall differenziert zu kooperieren, halte ich auch für die NATO für vorbildlich. Natürlich muß und kann sich die Art der Ausgestaltung dieser Differenzierung zwischen EU und NATO unterscheiden.

Die "Partnerschaft für den Frieden" wird nur dann ein geeigneter Rahmen für die Kooperation mit Osteuropa sein, wenn diese Kooperation unterschiedliche Perspektiven von der Kooperation über die Assoziation, anknüpfend an Artikel 4 des NATO-Vertrages, bis hin zur Vollmitgliedschaft in der NATO bietet.

Allen Teilnehmern des Programms einer "Partnerschaft für den Frieden" sollte die Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Militärpersonal, bei friedenserhaltenden Maßnahmen und bei der Verhinderung der Proliferation von gefährlichen Waffentechnologien, insbesondere von ABC-Waffen, angeboten werden. Einige Teilnehmer dieses Programms werden sicherlich ihre militärische Ausrüstung und ihre militärischen Strukturen schrittweise an NATO-Standards angleichen wollen. Diesem Wunsch sollte die NATO Rechnung tragen. So befürworte ich zum Beispiel im Rahmen der "partnership for peace" gemeinsame "peace-keeping"-Einheiten mit unseren polnischen und tschechischen Nachbarn. Auch hier wäre eine Einbettung derartiger

~~"peace-keeping"~~-Einheiten und der damit verbundenen Übungen in einen multilateralen Rahmen vorzuziehen.

Der Nordatlantische Kooperationsrat (NACC) wird durch das Programm "partnership for peace" nicht überflüssig. Im Gegenteil! Ich bin dafür darüber nachzudenken, den Nordatlantischen Kooperationsrat schrittweise und sehr pragmatisch zu einer Art sicherheitspolitischem Pfeiler in der KSZE auszubauen. Ich könnte mir vorstellen, daß über den bisherigen Teilnehmerkreis des Nordatlantischen Kooperationsrates hinaus auch anderen, vor allem den neutralen neutralen und blockfreien Staaten, die Teilnahme als Beobachter (wie Finnland) oder als Vollmitglied am NACC angeboten wird. Darüber hinaus sollten im Nordatlantischen Kooperationsrat möglichst verbindliche Kriterien für friedenserhaltende Maßnahmen innerhalb des KSZE-Gebietes erarbeitet und mit den hieran interessierten

NACC-Teilnehmern eine korrespondierende Ausbildung vereinbart werden. In diesem Sinne ist eine Stärkung der KSZE bis hin zur Bildung eines KSZE-Sicherheitsrates wünschenswert.

Es wäre ein geradezu historischer Rückschritt, wenn die KSZE in Zonen unterschiedlich mandatierten und auch unterschiedlich praktizierten peace-keeping zerfallen würde. Zwar ist es praktisch bereits heute so, daß im ehemaligen Jugoslawien trotz der Beteiligung Rußlands und der Ukraine die größte Zahl der Blauhelme aus den NATO-Staaten und in der GUS die peace-keeping-missions von russischen Soldaten dominieren. Doch sollte diese Praxis nicht verrechtlicht werden.

Ich selber war skeptisch, als die KSZE - nicht zuletzt auf initiative des damaligen deutschen Außenministers Genscher - praktisch ohne Vorbedingungen auf alle Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion ausgedehnt wurde. Ich glaube, daß die Handlungsfähigkeit der KSZE hierunter gelitten hat. Trotzdem sind die Möglichkeiten der KSZE als Mandatsgeber für ein friedenserhaltendes und präventives Krisenmanagement noch lange nicht voll ausgeschöpft worden.

Der Vollständigkeit halber sei hier nur angemerkt, daß die deutsche Delegation beim Europarat bereits frühzeitig dafür eingetreten ist, einem demokratischen und rechtsstaatlichen Rußland, das Menschen- und Minderheitenrechte respektiert, dessen Parlament und Regierung aus freien Wahlen hervorgehen, den Weg zur Vollmitgliedschaft im Europarat zu öffnen. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Vorbedingungen mit den jüngsten Wahlen in Rußland bereits voll erfüllt sind. Es sollte aber unser gemeinsames Ziel bleiben, die Integration derjenigen mittel- und osteuropäischen Demokratien, die dies wollen und die hierzu bereits fähig sind, mit einer möglichst engen und partnerschaftlichen Kooperation mit einem sich hoffentlich weiter demokratisierenden Rußland zu verbinden. Wir sind als Deutsche daran interessiert, daß Rußland seine Beziehungen zum Westen weiter ausbaut. Das wird am besten dadurch gefördert, daß die Kräfte der Reform und der Demokratie in Rußland wieder an Boden gewinnen. Wir können Rußland helfen, wenn es sich selber helfen will.

Wenn ein Mann wie Schirnowski jedoch westliche Hilfe als Mittel zur Schwächung Rußlands diffamiert, dann ist dies ein Hinweis darauf, daß die mit unseren Hilfen verbundenen Absichten von nicht unbedeutenden Minderheiten in Rußland falsch verstanden oder politisch mißbraucht werden.

Ich stand der Schocktherapie bei der Einführung der Marktwirtschaft von Anfang an skeptisch gegenüber. Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendeine demokratisch gewählte Regierung nach mehreren Jahren Schocktherapie in freien Wahlen erneut eine parlamentarische Mehrheit erhält. Insofern stellt sich in allen Reformländern Osteuropas früher oder später nicht die Frage, ob die Regierungen, die den Reformprozeß begannen, an der Macht bleiben, sondern ob sie durch demokratische oder durch undemokratische Alternativen abgelöst werden. Ich glaube, daß diese Frage trotz aller denkbaren Verlangsamung von Reformprozessen zumindest in den Visegrad-Staaten positiv beantwortet werden kann. Daß die Antwort auf diese Frage in Rußland nach den Wahlen im Dezember 1993 noch nicht entschieden ist und niemand weiß, wie sie im Frühjahr 1994 in der Ukraine entschieden werden wird, macht den

eigentlichen Unsicherheitsfaktor in allen außen- und sicherheitspolitischen Konzepten der NATO für ihre Zusammenarbeit mit Osteuropa aus. Daher wird der NATO-Gipfel im Januar 1994 nur eine Zwischenbilanz ziehen können.

Ich habe im Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel bisher fast ausschließlich über die Beziehung der NATO zu Osteuropa gesprochen. Genauso wichtig oder vielleicht noch wichtiger ist es, daß der NATO-Gipfel einen Beitrag zur Erneuerung und Vertiefung der transatlantischen Beziehungen selbst leistet. Im Vorfeld des Gipfels ist es glücklicherweise zu einem erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen gekommen. Die transatlantischen Beziehungen können deshalb auch in Zukunft durch die Wirtschaftsbeziehungen stabilisiert werden.

Die Mitgliedsstaaten der Atlantischen Gemeinschaft sollten aber während des NATO-Gipfels auch über gemeinsame Initiativen zur Reform und Stärkung von globalen Institutionen wie der UN sprechen. Ich plädiere dafür, daß die NATO durch ein Mandat der UN oder der KSZE zu Blauhelm-Missionen beauftragt werden kann. Dadurch könnte der NATO-Gipfel dem Tatbestand Rechnung tragen, daß die kollektive Verteidigung zwar weiterhin den Kern der NATO-Verpflichtung darstellt, daß die Aufgabe der kollektiven Verteidigung aber an Bedeutung abnimmt, während die NATO zusätzlich neue Funktionen im Sinne präventiver und kollektiver Sicherheit übernehmen kann. Dadurch kann sie erheblich zur Stärkung sowohl der UN als auch der KSZE beitragen.

(-/4. Januar 1994/hgs/tr)

Aus abfallpolitischer Sicht gehört 1993 auf den Müll
Auch für 1994 ist ein abfallwirtschaftliches Chaos vorprogrammiert

Von Marion Caspers-Merk MdB
Stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

So wie es aussieht, wird die SPD einen tragfähigen Entwurf für eine Reform des Abfallrechts vorlegen müssen, wenn überhaupt etwas passieren soll. In einer abfallpolitischen Bilanz kann sich die Bundesregierung das Jahr 1993 jedenfalls nicht auf die Habenseite schreiben. Und auch für 1994 gibt es keinen Anlaß zu Optimismus, eher zu Besorgnis. Denn alle vollmundigen Ankündigungen zum Trotz, verharren das Kabinett und die Koalitionsfraktionen im abfallpolitischen Stillstand.

Dabei besteht dringender Handlungsbedarf. Denn am 6. Mai 1994 tritt die EG-Abfallverbringungsverordnung mit unmittelbarer Geltung auch für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Sie setzt einen neuen Rechtsrahmen, der dem geltenden deutschen ganz und gar nicht entspricht. Wenn also nichts geschieht, werden zwei gänzlich unabgestimmte Rechtssysteme nebeneinanderher Geltung haben, mit zum Teil widersprüchlichen Regelungen. Das abfallwirtschaftliche Chaos ist damit vorprogrammiert.

Handlungsbedarf besteht aber auch insoweit, als endlich die umweltverträgliche Gestaltung unserer Abfallwirtschaft gelingen muß. Abfallvermeidung und umweltgerechtes Recycling sind seit 1986 Leitlinien des Abfallgesetzes. Sie finden aber bis heute nur auf dem Papier statt. Ein neues Abfallrecht muß deshalb medienübergreifend sein, es muß Regelungen zu einer echten Produktverantwortung setzen und es muß neben ordnungsrechtlichen auch ökonomische Instrumente einsetzen. Wege aus unserer "Ex-und-Hopp"-Gesellschaft hat die Bundesregierung aber nicht aufgezeigt.

Dabei fing diese Legislaturperiode erfolgversprechend an. Die Novellierung des Abfallgesetzes sollte der Kern der umweltpolitischen Anstrengungen der Bundesregierung sein. So nachzulassen in deren Koalitionsvereinbarung. Als Schwerpunkte der Novellierung werden dort genannt, was bis heute nicht umgesetzt ist: Produktverantwortung, Vermeidungsgebote, Verwertungsgebote, Kennzeichnungspflichten sowie betriebliche Abfallwirtschaftskonzepte. In einer Vorstellung seiner abfallpolitischen Ziele im Umweltausschuß des Bundestages im April 1991 wurde Minister Töpfer noch konkreter. Bis längstens Ende 1991 kündigte er Verordnungen für die umweltverträgliche Entsorgung von Druckerzeugnissen, schadstoffhaltigen Produkten, Altautos, Elektronikschrott und eine Verordnung zur Sicherung und zum Ausbau von Mehrwegsystemen im Getränkebereich an. Nichts davon hat er tatsächlich umgesetzt.

Getan hat er eigentlich nur eines, nämlich Vorschläge zur Novellierung der Verpackungsverordnung zu machen. Die allerdings qualifizieren ihn allenfalls zum Erfüllungsgehilfen von unfähigen Managern beim Dualen System und innovationsbremsenden Vertretern der Verpackungsindustrie. Der Kern seiner Änderungen heißt: Fristen verlängern, Recyclingquoten senken und bei der Verwertung den Gang zum Ofen erlauben. Mit ökologischer Abfall- oder Stoffwirtschaft hat das nichts zu tun. Im Vordergrund steht nicht mehr das ökologisch Notwendige, sondern das wirtschaftlich Gewünschte zur Sicherung eines Monopolisten. Dabei kann sich Minister Töpfer sogar noch hinter dem Beschluß seiner EG-Ministerkollegen verstecken, die eine Verpackungsrichtlinie mit vergleichbaren Zielsetzungen verabschiedet haben. Die schlappen Verwertungsquoten der EG hat er allerdings selbstverschuldet, weil wir unseren Müll europaweit exportieren.

Am ärgsten ist aber das Trauerspiel um das sogenannte Kreislaufwirtschaftsgesetz. Es sollte zum Eckstein einer neuen Abfallpolitik der Bundesregierung werden. Aber auch der in der Zwischenzeit letzte Entwurf entspricht weder hohen Zielvorstellungen noch simpelsten Anforderungen der Rechtsangleichung an das kommende europäische System. Weil Minister Töpfer sich im Kabinett offensichtlich nicht mehr durchsetzen kann, haben die Koalitionsfraktionen "ihren" Minister offen dupliert und ihrerseits einen Entwurf angekündigt. Der selbstgesteckte Zeitrahmen ist allerdings heute schon um sechs Wochen überschritten. In den Koalitionsfraktionen wie im Kabinett geht es darum, daß die Wirtschaftslobbyisten sich das Milliardengeschäft mit dem Müll nicht entgehen lassen wollen und am liebsten den ganzen Entsorgungsbereich privatisiert hätten, jedenfalls da, wo es sich lohnt. Bei solchen Überlegungen bleibt für staatliche Verantwortung wenig Raum.

Zum Schaden der Umwelt und der Verbraucherinnen und Verbraucher (siehe DSD) hat also auch das Jahr 1993 kein integriertes Gesamtkonzept für die Abfallwirtschaft gebracht. Besonders betroffen davon sind die Kommunen. Sie müssen das drohende Gesetzeschaos "ausführen" und sie müssen das entsorgen, was ihnen mögliche privatwirtschaftliche Modelle übriglassen.

Vor diesem Hintergrund wird die SPD handeln müssen. Sind die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen nicht in der Lage, schnellstens sinnvolle und praktikable Gesetz- und Verordnungsentwürfe vorzulegen, werden wir das eben tun. Dazu sind wir bereit.

(-/4. Januar 1994/hgs/fr/ks)
